

## „Begriff Geschenk ist befremdlich“



Grenz Echo - 29 Jul. 2015  
Pagina 7

Die ostbelgische Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) hat die Steuerreform (Tax Shift) der belgischen Föderalregierung verteidigt: „Das Resultat ist durchaus ambitiös“, sagt die 35-jährige Eupenerin im Interview mit dem GrenzEcho.

Frau Jadin, nun liegt die Steuerreform endlich vor. Sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis?

Dass die Föderalregierung, die in dieser Frage eindeutig in Zugzwang geraten war, diese Herausforderung noch vor dem Ende parlamentarischen Sitzung bewältigt hat, ist schon eine Leistung, die, finde ich, nicht geschmälert werden sollte. Ich selbst habe in meiner Partei immer dafür plädiert, dass wir einen Tax Shift vornehmen sollten. Das Resultat ist durchaus ambitiös. Die Senkung des Arbeitgeberbetrags, neue Beihilfen speziell für kleine und mittelständische Unternehmen sowie die schärfere Verfolgung von Steuerhinterziehung sind gute Ansätze, die ich mittragen kann.

Opposition und Gewerkschaften kritisieren die „Geschenke“ an die Adresse der Arbeitgeber.

Den Begriff „Geschenk“ finde ich befremdlich. Als wenn Politiker sich zwangsläufig nur für eine Seite und damit gegen eine andere positionieren könnten. Das ist nicht der Fall, und ich bedauere die ständigen Skizzierungen der Gewerkschaften diesbezüglich. Es gibt kein soziales Paradies in einer wirtschaftlichen Wüste und auch keine florierende Wirtschaft, die nicht allen Akteuren unserer Gesellschaft Rechnung trägt. Wir wollen hiermit die Arbeitsbeschaffung fördern und den massiven Arbeitsplatzverlusten der letzten Jahre entgegenwirken. Darin müssten sich sowohl Gewerkschaften und auch Arbeitgeber wiederfinden können, wenn sie unserer Gesellschaft eine bessere und sichere Zukunft geben möchten.

Eine Garantie, dass durch die Senkung des Arbeitgeberanteils von 33 auf 25 Prozent neue Arbeitsplätze geschaffen werden, gibt es seitens der Arbeitgeber aber nicht.

Dass hier keine genaue Zahl bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gegeben werden kann, liegt daran, dass man ganz klar die Präferenz geäußert hat, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen mittel- und langfristige zu verbessern. So können kurzfristig zwar nicht zwingend neue Arbeitsplätze entstehen, wohl aber wird es möglich sein, wenn die Maßnahmen greifen, die Produktion unserer Wirtschaft so zu steigern, dass sie langfristig allen zugutekommen. Das heißt, sowohl qualifizierten Arbeitnehmern als auch weniger qualifizierten.

Die geplante Erweiterung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um einen weiteren Monat, die zum 1. Januar eingeführt werden sollte, nimmt die Regierung zurück, wie jetzt bekannt wurde. Was sagen Sie dazu?

Davon habe ich auch erst kurzfristig erfahren. Die Opposition hatte diese geplante Maßnahme übrigens während der Debatte zur Regierungserklärung scharf kritisiert, weil sie nicht wirtschaftsfördernd sei. Wie dem auch sei, die Kosten hierfür - es geht um rund 800 Millionen Euro - werden durch den Staat aufgefangen werden müssen. Und meine parlamentarische Frage hierzu steht bereits.

Warum wehren sich die liberalen Parteien so sehr gegen eine Vermögenssteuer?

Diese Karikatur wird beinahe gebetsmühlenartig von der Opposition bemüht. Doch die eigentliche Frage ist, wo man bei der Besteuerung ansetzt: In Belgien bezahlt man als natürliche Personen noch immer zu schnell zu viele Steuern. Einige preisen die Erbschaftsteuer als Lösung aller finanziellen Probleme für unser Land an. Das Erbe bleibt aber auch der Ertrag langjähriger Arbeit, auf das auch die Erben, das heißt, die nächste Generation, größtmöglichen Anspruch haben sollte. Wenn es also darum geht, kleine Ersparnisse und die ohnehin schon zu sehr gebeutelte Mittelklasse zusätzlich zu besteuern, werde ich das nicht befürworten. Die Regierung hat sich ja im Gegenzug auf die Anhebung von Kapitalversteuerung verständigen können.

Wie sieht es mit den Firmenwagen aus? Auch in diesem Bereich hätte man mehr Abgaben erheben können.

Die vorherige Regierung, der wir Liberalen auch angehört haben, hat schon vor vier Jahren die Steuer in diesem Bereich deutlich spürbar angehoben. Die aktuelle Regierung hat eine weitere Erhöhung ernsthaft in Erwägung gezogen, wollte aber diesen eindeutigen materiellen Vorteil für Arbeitnehmer wohl nicht weiter zurückfahren.

Warum ändert sich nichts am System der Fiktivzinsen, durch das Milliarden Steuereinnahmen verloren gehen, ohne dass dem Mittelstand geholfen wird?

Der fiktive Zinssteuervorabzug wurde bereits in seiner Anwendung deutlich runtergeschraubt. Das ist auch gut so. Ich sehe auch ein, dass das System zwar von kleinen und mittelständischen Unternehmen sinngemäß genutzt wird, das heißt, zur Festigung des Standortes dieser Unternehmen beiträgt, im Gegenzug aber nicht zur Genüge Arbeitsplätze schafft und auch kurzfristige Abwanderungen von Großunternehmen nicht verhindert. Die Folge sind enorme Verluste von Steuereinnahmen. Das stimmt. Meines Erachtens sollte man eher eine radikale, den europäischen Standards angepasste Senkung der Gesellschaftssteuer vornehmen. Dann kann man sich dieses System definitiv sparen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Lasten im Rahmen der Steuerreform gerecht verteilt werden? Die Erhöhung der Verbrauchssteuern für ungesunde Konsumgüter kann man ja noch mit gesundheitspolitischen Aspekten begründen. Warum macht die Regierung aber Jagd auf Diesel-Fahrer, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen?

Die Verlagerung der Steuer liegt ja maßgeblich im Verbraucherbereich. Tatsächlich werden ja hauptsächlich Güter teurer, die nicht gerade gesundheitsfördernd sind. Das ist auch zu rechtfertigen. Der Trend zur Erhöhung von Dieseltreibstoff ist auch nicht neu, sondern schon eine Entwicklung, die seit mindestens sieben Jahren anhält und auf kurz oder lang dazu führen wird, dass die Attraktivität für Diesel-Pkw verloren gehen wird. Für mich bleibt es wichtig, der Forderung nach alternativen Transportmöglichkeiten in unserem Land nachzukommen, die verlässlich, effizient und vor allem sicher sind.

Rentner und Sozialhilfeempfänger werden nicht entlastet, müssen in Zukunft aber ebenfalls mehr für Strom und andere Verbrauchsgüter bezahlen. Finden Sie das gerecht?

Das ist falsch. Die Regierung hat bereits zusätzliche 22 Millionen Euro für die Sozialhilfe beschlossen, die auch schon im Haushalt 2015 verbucht wurden. Außerdem wurde im Finanzausschuss der Kammer in der letzten Woche eine Maßnahme beschlossen, die besonders die kleinen Renten aufbessern wird.

Inwiefern?

Pensionsminister Daniel Bacquelaine hatte diesbezüglich eine Änderung in der Steuergesetzgebung vorgeschlagen, die vorsieht, dass kleine Pensionen, die zwischen 15.518 Euro und 16.650 Euro brutto im Jahr liegen, nicht mehr automatisch in eine höhere Steuerkategorie fallen. Auf diese Weise wird die Nettorente auch erhöht, was ohne diese Änderung nicht möglich gewesen wäre.

Besonders heftig kritisiert wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom von sechs auf 21 Prozent.

Ich möchte ganz deutlich sein: Mir wäre es lieber gewesen, der Mehrwertsteuersatz auf Strom wäre nicht angetastet worden. Diese Maßnahme wurde auch von uns im letzten Jahr beschlossen - mit der Auflage, sie nach zwei Jahren zu überprüfen. Die Überprüfung hat ergeben, dass die Senkung viel kostspieliger als ursprünglich erwartet ist. Die Frage war nun mal, ob man eine solche Maßnahme - auch vor den gegenwärtigen Herausforderungen im Energiebereich - beibehält, oder eher auf Arbeitsbeschaffung und Erhöhung der Kaufkraft durch Senkung der Lohnnebenkosten setzt.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2015 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten